

Betreff:
**Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle bei der Stadt
Braunschweig**
Organisationseinheit:

Dezernat V

50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

02.06.2020

Beratungsfolge

Ausschuss für Integrationsfragen (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

10.06.2020

Status

Ö

Sachverhalt:

Bezug nehmend auf den Ratsbeschluss vom 23. April 2020 zur Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle in Braunschweig sowie den Ergebnissen der Demokratiekonferenz vom 28. November 2019 wurden seitens des Büros für Migrationsfragen und der Koordinierungsstelle Demokratie leben! Vorbereitungen zur Gründung einer Arbeitsgruppe und des weiteren Verfahrens getroffen. Im ersten Schritt geplant ist die Gründung eines Antidiskriminierungsnetzwerkes in Braunschweig, das die Antidiskriminierungsarbeit in Braunschweig vernetzen, ausbauen, evaluieren und konkretisieren soll.

Ziel des Antidiskriminierungsnetzwerks ist somit, Diskriminierung in Braunschweig sichtbar zu machen, zu verringern und gleichzeitig Antidiskriminierungsberatung aufzubauen.

Das geplante Netzwerk dient zudem zur Interessenvertretung der Zielgruppen durch verschiedene Institutionen sowie Informationsaustausch, gegenseitige Unterstützung, Stärkung der Partizipation und Handlungskompetenz von Betroffenen.

Am 19. Mai 2020 traf sich erstmalig die Arbeitsgruppe bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Volkshochschule Braunschweig, des Gleichstellungsreferates der Stadt Braunschweig, des Seniorenbeirates, der Beauftragten für Inklusionsfragen der Stadt Braunschweig, der AWO, des Caritasverbandes, des Hauses der Kulturen, des Büros für Migrationsfragen und Demokratie leben! zum Kennenlernen. Moderiert wird die Gruppe von Martina Helmke. Sie hat einen vergleichbaren Prozess in Lüneburg mitgestaltet und besitzt daher viel Erfahrung für die Umsetzung des geplanten Prozesses.

Aktuell bereitet diese Arbeitsgruppe, die ein breites Spektrum an Menschen repräsentiert, die diskriminiert werden, die Netzwerkgründung vor, identifiziert weitere potenzielle Netzwerkmitglieder und entwickelt die zukünftige Struktur und Arbeitsweise der Antidiskriminierungsberatung in Braunschweig. Als Instrument zur Evaluation der Ist-Situation in Braunschweig und der Identifizierung von Netzwerkmitgliedern werden vorbereitete Telefoninterviews stattfinden. Diese werden von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe mit potenziellen Teilnehmenden des Netzwerkes geführt.

Die Auswertung der geführten Telefoninterviews wird an einem zweiten geplanten Treffen der Arbeitsgruppe am 14. Juli 2020 stattfinden. Bei diesem Treffen wird auch das für November 2020 geplante Netzwerktreffen mit ca. 60 - 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorbereitet. (Termin kann variieren, je nach Corona Situation). Das Netzwerk ist offen und kann jederzeit um Interessierte erweitert werden.

Die Arbeitsgruppe wird zudem in das Netzwerk eine Empfehlung bezüglich einer Antidiskriminierungsstelle bzw. über Antidiskriminierungsarbeit in Braunschweig geben. Im Netzwerk soll dann diskutiert werden, ob und wie eine solche Beratungsstelle aufgebaut und wie Antidiskriminierungsarbeit in Braunschweig gestaltet werden könnte. Somit wird gewährleistet, dass alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Netzwerkes Mitgestaltungsmöglichkeiten haben. Es finden regelmäßig Workshops statt, in denen Themen rund um Antidiskriminierungsarbeit erörtert werden.

Ergänzend findet am 9. und 10. Juli 2020 in Braunschweig ein Einführungsseminar in das Thema Antidiskriminierungsarbeit statt. Geleitet wird dieses Seminar von Daniel Bartel, Geschäftsführer des Antidiskriminierungsverbandes Deutschlands. Anmeldungen hierzu werden noch bis 15. Juni 2020 bei der externen Koordinierungsstelle Demokratie leben! entgegengenommen.

Geplant ist, dass der Prozess im Sommer/Herbst 2021 abgeschlossen werden kann.

Dr. Arbogast

Anlage/n:

keine

Betreff:**Präventionsstelle Islamismus****Organisationseinheit:**

Dezernat V

50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

02.06.2020

Beratungsfolge

Ausschuss für Integrationsfragen (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

10.06.2020

Status

Ö

Sachverhalt:

Bereits in vorangegangenen Sitzungen des AfI gab es Berichte und Austausch zum Thema Präventionsarbeit im Bereich Islamismus. In den Debatten wurde deutlich, dass es gute Präventionsansätze gibt, diese aber noch besser systematisiert werden könnten und vor allem die Vernetzung der einzelnen Akteure verstärkt werden müsste. Inwieweit eine Fachstelle gebildet werden sollte, die darüber hinaus als Anlaufstelle für Bürgerschaft und Fachkräfte dienen könnte soll nun einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

Im Büro für Migrationsfragen hat sich Herr Diederich-Engel der Thematik angenommen und mit verschiedenen, relevanten Stellen Kontakt aufgenommen. Hierzu zählen:

- Herr Pelka, Respekt-Coach beim Jugendmigrationsdienst, Caritas-Verband Braunschweig
- Beratungsstelle Radikalisierung beim BAMF, Nürnberg
- Frau Ehlers, Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität, Landeskriminalamt Niedersachsen, Hannover
- Thomas Seliger, Geschäftsführer Braunschweiger Präventionsrat und Mitarbeiter 51.4, Jugendschutz, Stadt Braunschweig
- Herr Schaller-Helmchen, Dialogstelle Extremismusprävention, Stadt Wolfsburg
- Herr PHK Heyms, Polizeiinspektion Braunschweig, Fachkommissariat 4/PPMK
- Herr Zakrzewski, Islamwissenschaftler, Zentrale Kriminalinspektion der Polizeidirektion Braunschweig

Frau Ehlers vom niedersächsischen Verfassungsschutz bietet einen internen Austausch in der Stadt Braunschweig an, in dem die hiesige Situation bezüglich extremistischer Tendenzen im Dialog ausgeleuchtet werden könnte und die Schaffung von Strukturen diskutiert werden kann. Frau Ehlers würde weitere Expertinnen und Experten des LKA, des Verfassungsschutz und der örtlichen Polizei hinzuziehen. Von Seiten der Stadt BS (Verwaltung) könnten es die Fachbereiche Soziales und Gesundheit, Fachreich Kinder, Jugend und Familie, sowie die Ordnungsverwaltung, Stelle Ausländerangelegenheiten sein.

Eine Terminanfrage bei Frau Ehlers für ein erstes gemeinsames Auftakttreffen des Prozesses läuft aktuell. Die Rückmeldung steht derzeit noch aus. Sobald Terminvorschläge vorliegen, wird, wenn es die Situation zulässt, ein Treffen seitens des Büros für Migrationsfragen organisiert. Das weitere Vorgehen könnte sich analog des Aufbaus einer Antidiskriminierungsstelle gestalten:

- Zunächst sollte ein Überblick erstellt werden, welche Angebote es bereits zur Thematik gibt, in wie weit diese bekannt und miteinander vernetzt sind.

- Es sollte geklärt werden, reicht der Aufbau eines Netzwerkes, bedarf es einer Koordinierungsstelle oder einer eigenständigen Stelle.
- Weiterhin gilt es zu klären, was soll diese Stelle hier in Braunschweig leisten, könnte man sich mit einer anderen Kommune zusammenschließen usw. Auch die Ansiedlung einer solchen Stelle könnte in diesem Zuge geklärt werden.

Zur Verhinderung von Radikalisierung existieren derzeit in Braunschweig sowohl Beratungsangebote als auch niedrigschwellige Angebote:

- Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung (beRATen e. V. Niedersachsen)
- Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
- Respekt-Coach des Jugendmigrationsdienstes beim Caritas-Verband

beRATen e. V. hat ihren Sitz in Hannover und berät Eltern, Angehörige und anderen Menschen im Umfeld der von neo-salafistischer Radikalisierung betroffenen jungen Menschen. Es handelt sich um aufsuchende Beratung vor Ort für ganz Niedersachsen, d. h. die BeraterInnen kommen auch im Bedarfsfall nach Braunschweig.

Dr. Arbogast

Anlage/n:

keine